



Rede des Präsidenten

*anlässlich des 24. Parlamentarischen Abends
des Thüringer Handwerkstages e. V.
am 16.03.2016 in Erfurt*

Rede des Präsidenten

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich heiÙe Sie herzlich zum 24. Parlamentarischen Abend des Thüringer Handwerks willkommen. Hier in den Räumlichkeiten des Thüringer Landtags, in denen wir traditionell unser wichtigstes politisches Forum des Jahres veranstalten.

Aus diesem Grund möchte ich daher als erstes einen herzlichen Dank an unseren Gastgeber Landtagspräsident Herrn Christian Carius aussprechen. Ihre bekennenden Eröffnungsworte für das Thüringer Handwerk bestärken uns sehr und heben einmal mehr die große Bedeutung des Handwerks für die Thüringer Wirtschaft hervor.

Besonders begrüÙen möchte ich an dieser Stelle auch unseren Thüringer Ministerpräsidenten Herrn Bodo Ramelow. Sie machen dem Handwerk nicht nur durch ihre Anwesenheit, sondern auch durch ein kurzes Grußwort Ihre Aufwartung. Vielen Dank dafür.

Ebenfalls heiÙe ich alle Minister und Staatssekretäre sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete willkommen. Daneben begrüÙe ich ganz herzlich die fünf Hauptakteure des heutigen Abends:

2

- Frau Hennig-Wellsow von der Partei DIE LINKE,
- Herrn Mohring von der CDU,
- Herrn Hey von der SPD,
- Herrn Adams von Bündnis 90/Die Grünen und
- Herrn Brandner von der AfD.

Wir freuen uns, Sie für diese Gesprächsrunde gewinnen zu können und sind gespannt auf Ihren Schlagabtausch zu den Themen, die uns als Handwerk aktuell am meisten unter den Nägeln brennen.

Besonders heiÙe ich aber auch meine Handwerkskolleginnen und Kollegen willkommen. Ich möchte Ihnen danken, dass Sie sich Zeit genommen haben, dem heutigen Abend beizuwohnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ob als Vertreter aus Politik oder Handwerk, Sie alle leisten einen wichtigen Beitrag für den Erfolg unserer Veranstaltung. Dieser Abend bietet uns allen die notwendige Möglichkeit gemeinsam und aus verschiedenen Blickwinkeln über wichtige politische und wirtschaftliche Themen zu diskutieren.

Der diesjährige Parlamentarische Abend steht dabei unter dem Motto:

„Thüringen im Umbruch – Forderungen des Handwerks meistern“

Dabei sieht sich nicht nur Thüringen, sondern auch sein Handwerk in vielerlei Hinsicht mit Umbrüchen konfrontiert. Ob die politischen Veränderungen nach den Landtagswahlen 2014, die schleichenden Umbrüche durch die anhaltenden demografischen Entwicklungen oder die technologischen Neuerungen im Zuge der Digitalisierung – es bedarf gemeinsamer Kraftanstrengungen, die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen entschlossen anzugehen.

Sehr geehrte Ministerinnen und Minister,
sehr geehrte Abgeordnete,
werte Handwerkskollegen und Gäste,

Sie alle wissen um die große Bedeutung des Handwerks für die Thüringer Wirtschaft und Gesellschaft. 31.000 Betriebe, 150.000 Beschäftigte, 6.400 Lehrlinge: Die Zahlen beweisen, dass Thüringen von den mittelständischen Strukturen des Handwerks geprägt ist.

Seit nunmehr fünf Jahren bewegen sich unsere **Konjunkturdaten** auf konstant hohem Niveau. Branchenübergreifend zeigen sich unsere Betriebe mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufrieden. Die Auftragsbücher sind gut gefüllt und die Beschäftigung ist auf konstant hohem Niveau.

Positive Impulse kommen dabei vor allem vom Bau, dem gewerblichen Bedarf und den personenbezogenen Dienstleistungen. Anhaltend niedrige Zinsen, ein stabiler Arbeitsmarkt, der milde Winter und der hohe Binnenkonsum beflügeln die Entwicklungen unserer Betriebe.

Gleichwohl zeigen die Handwerksunternehmen trotz der anhaltend guten finanziellen Rahmenbedingungen eine verhaltene Investitionsneigung und auch die Geschäftserwartungen der Betriebe lassen erste dunkle Wolken am Horizont erahnen. Hier werden wir genauer hinschauen müssen.

Die positiven Entwicklungen der letzten Jahre dürfen nicht über die anstehenden Herausforderungen im Thüringer Handwerk hinweg täuschen. Unsere Betriebe sehen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch steigende finanzielle und bürokratische Belastungen auf allen Verwaltungsebenen zunehmend gefährdet.

Der von Rot-Rot-Grün auf den Weg gebrachte **Doppelhaushalt** bereitet uns insbesondere aufgrund seines Umfangs Sorgen. Die konjunkturelle Lage ist so gut wie selten zuvor, die Steuereinnahmen sind ebenfalls auf einem rekordverdächtigen Niveau und trotzdem werden die Ausgaben um eine Milliarde Euro erhöht, Rücklagen aufgebraucht, der Schuldenabbau ausgesetzt und Steuererhöhungen als notwendig propagiert. Aus Sicht des Handwerks ist das der falsche Ansatz.

Beispielhaft sei an dieser Stelle die beschlossene Anhebung der **Grunderwerbsteuer** zum 1.1.2017 genannt. Mit dem dann gültigen Steuersatz von 6,5 Prozent steigt Thüringen in die bundesdeutsche Spitze auf. Neben der Tatsache, dass mit dieser Steuer der Grunderwerb – ob zur Eigennutzung durch junge Familien oder als Alterssicherung – teurer wird und das Handwerk die Auswirkungen mittelbar durch eine schlechtere Auftragslage spüren könnte, werden durch die Steuererhöhung auch unmittelbar unternehmerische Entscheidungen beeinflusst. Ich verweise dafür auf die große Herausforderung der mangelnden Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen in Thüringen. Auch Ansiedlungen und Betriebserweiterungen sind gefährdet. Die Grunderwerbsteuer wird das Problem noch weiter verschärfen, anstatt es endlich anzugehen.

Ein weiteres Beispiel ist die Wasserentnahmeabgabe. Auch wenn der „**Wassercent**“ mittlerweile vom Tisch ist, hier war erneut geplant eine Abgabe auf dem Rücken von Bürgern und Wirtschaft einzuführen – und das vor dem Hintergrund der sowieso schon hohen Wasserkosten in Thüringen. Die mit den Einnahmen geplante Finanzierung des Hochwasserschutzes ist und bleibt aber originäre Aufgabe des Staates. Wir werden die weiteren Entwicklungen um das ins Spiel gebrachte Finanzierungsgesetz aufmerksam verfolgen.

Und ich gebe Ihnen ein letztes Beispiel. Auch auf Ebene der Kommunen gehen die Belastungen munter weiter. Die Hebesätze der **Gewerbsteuer** liegen im Thüringer Mittel zwar noch leicht unterhalb des Bundesdurchschnitts, mehrere Kommunen – ich verweise z.B. auf Erfurt, Jena oder Gera - übertreffen aber mittlerweile die Steuersätze westdeutscher Ballungszentren wie Stuttgart oder Frankfurt/Main. Wir sagen es hier in aller Deutlichkeit, die Mehrbelastung der ortsansässigen Betriebe wird mittelfristig die Lage der Kommunen nur weiter verschlechtern. Wenn im Standortvergleich Existenzgründungen und Betriebsübernahmen weiter an Attraktivität verlieren, werden zukünftig die ländliche Infrastruktur leiden, regionale Arbeitsplätze wegfallen und Steuereinnahmen ausbleiben.

Wir fordern deshalb von der Landespolitik ihr Versprechen einer **mittelstandsfreundlichen Politik** in die Tat umzusetzen. Es gilt die finanziellen Belastungen der Thüringer Betriebe in ihrer Gesamtheit unter die Lupe zu nehmen. Die einzelne auf den Weg gebrachte oder geplante Maßnahme mag für sich genommen notwendig und richtig sein – ob das die Verbesserung des Hochwasserschutzes ist oder der Ausbau der erneuerbaren Energien. Am Ende des Tages schlägt für unsere Betriebe aber die Summe aus all diesen Einzelmaßnahmen in Form von Steuererhöhungen, neuen Abgaben und Gebühren zu Buche. Hier muss dringend nachjustiert werden. Nicht alle singulären Probleme sind zu vergemeinschaften und kostenmäßig zu überwälzen. Insgesamt muss die private Verantwortung wieder stärker in den Vordergrund gestellt werden.

Gleiches gilt übrigens auch bei den **bürokratischen Anforderungen**. Die Dokumentationspflichten beim Mindestlohn oder dem Thüringer Vergabegesetz – nur um zwei Beispiele herauszugreifen – erwecken den Anschein, der Unternehmer würde zunehmend unter Generalverdacht gestellt werden. Die auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene gültigen Auflagen und Verpflichtungen kosten Zeit und Geld und hemmen die Leistungsfähigkeit der Betriebe. Eine Vielzahl unserer Handwerker stößt an ihre Kapazitätsgrenzen. Ich fordere die Landesregierung deshalb auf, die bürokratischen Belastungen abzubauen. Das Thüringer Mittelstandsgesetz sieht in § 4 eindeutig vor, dass Vorschriften, die einen unverhältnismäßig hohen Aufwand für die mittelständische Wirtschaft verursachen, abgebaut und vermieden werden sollen.

4

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die demografischen Entwicklungen in Thüringen stellen den zweiten eingangs erwähnten Umbruch für das Handwerk dar. Die geburtenschwachen Jahrgänge der 90er und beginnenden 00er Jahre und die hohe Studierneigung führen heute in vielen Gewerken und Regionen zu merklichen Problemen bei der Gewinnung von Auszubildenden.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs beginnt für uns deshalb bereits an den Thüringer Schulen. Seit langem fordern wir die **Ausweitung berufsvorbereitender Maßnahmen** auf alle allgemeinbildenden Schulformen. Für die modernen, digitalisierten Prozesse und Dienstleistungen des Handwerks braucht es begabten und motivierten Nachwuchs aller Schulen. Der Karriereweg der dualen Berufsausbildung muss deshalb auch an den Gymnasien eine deutlich stärkere Rolle spielen als bisher. Wir fordern ein Umdenken der Politik und eine Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung.

Die Akademisierung unserer Gesellschaft schreitet weiter voran, ungeachtet der individuellen Begabungen und dem eigentlichen Bedarf. Laut einer aktuellen Umfrage unter den Thüringer Unternehmen entfallen 80 Prozent des tatsächlichen Arbeitskräftebedarfs auf Ausbildungsberufe. Mehr als die Hälfte der Schulabgänger entscheidet sich heute aber für ein Hochschulstudium. Hier passen **Angebot und Nachfrage** nicht mehr zusammen. Am Ende des Tages beobachten wir eine wachsende Unzufriedenheit bei unseren Betrieben, die keinen adäquaten Nachwuchs finden, aber eben auch eine wachsende Unzufriedenheit bei den jungen Menschen, denen eine Karriere im Handwerk andere Perspektiven eröffnet hätte.

Das Bundesinstitut für Berufsbildung hat im Herbst 2015 bei einer Befragung von 12.000 Studierenden festgestellt, dass ein Drittel der Befragten an einem erfolgreichen Abschluss ihres Studiums zweifelt. Eine Vielzahl der Zweifler sieht das duale System der Berufsausbildung oder ein duales Studium als attraktive Alternative. Das freut uns als Handwerk! Die Befragten bemängeln aber zugleich die fehlenden Informationsmöglichkeiten über alternative Karrierewege und wünschen sich Anrechnungssysteme für bereits erbrachte Studienleistungen. Hier ist die Politik gefragt! Es bedarf einer landesweiten Initiative, um die **Bildungsdurchlässigkeit** in Thüringen zu erleichtern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Sicherung des Fachkräftebedarfs des Thüringer Handwerks setzt sich fort von der Lehre über die Gesellenzeit bis hin zum Meister. Die demografischen Entwicklungen machen dabei auch vor dem Thüringer **Berufsschulnetz** nicht Halt. Eine landesweite Koordinierung des Schulnetzes war deshalb überfällig und liegt nun seit kurzem vor. Wir begrüßen die größere Planungssicherheit über sechs Jahre. Wir bemängeln aber zugleich die fehlende Verlässlichkeit in den Aussagen der Ministerin im gesamten Prozess der Schulnetzplanung. Die nun vorgestellte Struktur und Verteilung der Berufsschulen benachteiligt den ländlichen Raum anstatt ihn zu stärken. Das Problem der Fachkräftegewinnung wird sich damit für viele unserer Handwerksbetriebe weiter verschärfen.

Damit einher geht die seit langem geforderte Einführung eines **Azubitickets**. Warum ist ein Semesterticket zur finanziellen Unterstützung der Studierenden Gang und Gebe, ein Azubiticket für unsere mit immer weiteren Wegen konfrontierten Lehrlinge wird aber erneut ad acta gelegt? Frau Ministerin Klaubert hat jedenfalls jüngst die Erwartungen einer baldigen Einführung gedämpft. Damit wird ein Wahlversprechen nicht eingehalten und faktisch der akademischen Ausbildung gegenüber der Betrieblichen Vorrang gegeben. Jedoch nur umgekehrt gelingt es uns, auch einkommensschwächeren Schichten eine Chance auf berufliche Teilhabe zu eröffnen.

Die Sicherung des Fachkräftebedarfs bedeutet im Thüringer Handwerk aber auch die Gründerzahl zu erhöhen und Unternehmensnachfolgen zu sichern. Die harten Fakten:

- Ein knappes Drittel unserer Betriebsinhaber ist heute 55 Jahre und älter.
- Laut dem Thüringer Landesamt für Statistik kommen auf 100 Gewerbebeanmeldungen 118 Abmeldungen und
- bis 2018 suchen 3.000 Thüringer Betriebe einen Nachfolger.

Wenn wir uns diesen Entwicklungen nicht schleunigst entgegen stellen, werden die Strukturen des ländlichen Raumes weiter ausgedünnt. Zur Gewinnung und Sicherung von Fachkräften bedarf es leistungsstarker Unternehmen in den Regionen. Es ist deshalb eher fünf nach als fünf vor zwölf. Es müssen dringend Anreizsysteme geschaffen werden, um die Gründungs- und Übernahmbereitschaft zu erhöhen. Wir fordern seit langem die Einführung eines **Meisterbonus** oder einer Meistergründungsprämie, wie sie erfolgreich in anderen Bundesländern etabliert wurde. Der Meistertitel ist der statistisch-nachweisbare Garant für erfolgreiches Wirtschaften und sichert eine hohe Ausbildungsqualität.

Zur Stärkung des Unternehmertums in Thüringen bedarf es darüber hinaus einer **Stärkung des Unternehmertums** in der Gesellschaft. Baden-Württemberg, Sachsen oder Sachsen-Anhalt zeigen mögliche Wege auf, z.B. über eine frühzeitige Vermittlung kaufmännischen Know-hows an den Schulen, über schulformunabhängige Bildungspartnerschaften mit Unternehmen, über Gründerplanspiele, Praktika oder Betriebsbesichtigungen. Hier hängt Thüringen hinterher!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ein weiteres, hochaktuelles Thema ist die **Digitalisierung**. Sie verändert unsere Gesellschaft und das Handwerk tiefgreifend – wir können deshalb auch hier, zu Recht, von einem Umbruch sprechen. Der Dachdecker, der mit einer Drohne Dachflächen begutachtet, die Steuerung von Heizung und Rollläden im vernetzten Smart Home oder die Konfiguration des gewünschten Möbels über die Webseite des Schreiners – was nach Zukunft klingt, ist im Handwerk bereits heute die Realität.

Die Digitalisierung führt zu einer nachhaltigen Veränderung der **Geschäftsmodelle** unserer Handwerksbetriebe und der Arbeitswelt unserer Beschäftigten. Die individualisierte Leistungserstellung – an jedem Ort, zu jeder Zeit und auf die spezifischen Kundenwünsche abgestimmt – wird in den nächsten Jahren in immer stärkerem Maße an Bedeutung gewinnen. Das erfordert einen hohen Grad an Flexibilität. Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen brauchen dafür die Unterstützung des Staates.

Das beginnt beim Thema der Internetversorgung. Deutschland war immer stolz auf seine gute Infrastruktur. Gute Struktur heißt heute aber nicht mehr nur Straßen, Brücken und Schienen. Eine gute Infrastruktur wird heute durch die Qualität unserer Netze und Datenleitungen bestimmt. Insbesondere in den ländlichen Regionen unseres Freistaats lässt die digitale Infrastruktur auf sich warten. Selbst die ansässigen Betriebe in den Industriegebieten der Landeshauptstadt klagen über die aktuellen Zustände. Der **Breitbandausbau** ist in Thüringen sowohl finanziell als auch zeitlich deutlich zu forcieren. Es reichen hier keine Absichtserklärungen mehr. Unsere Betriebe werden das Rennen verlieren, wenn wir beim Infrastrukturausbau nicht deutlich an Geschwindigkeit zulegen.

Die Herausforderungen der Digitalisierung anzupacken und die mit ihr verbundenen Chancen zu ergreifen ist dabei keine reine politische Aufgabe. Regelmäßige Umfragen zeigen, dass viele Betriebe immer noch eine eher abwartende Haltung gegenüber der Digitalisierung einnehmen. Häufiger Grund sind bestehende **Informationsdefizite**. Wir wissen alle, wer im Internet nicht sichtbar ist, wer nicht in der Lage ist die wachsenden Kundenbedürfnisse durch individualisierte moderne Leistungen zu bedienen und seine Dienstleistungen durch digitale Hilfsmittel weiterzuentwickeln, der wird es in Zukunft zunehmend schwerer haben am Markt zu bestehen. Eine stärkere **Förderung von Sensibilisierungs-, Beratungs- und Weiterbildungsangeboten** ist deshalb nötig.

6

Insgesamt gilt: Wer Thüringens Wohlstand langfristig sichern will, wer die mittelständischen Strukturen der Thüringer Wirtschaft und den ländlichen Raum des Freistaates bewahren will, muss digitalisieren und flexibilisieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

lassen Sie mich zum Abschluss noch einige kurze Gedanken zum bestimmenden Thema dieser Tage formulieren – der **Flüchtlingskrise**. Das Thüringer Handwerk hat die Entwicklungen der letzten Monate aufmerksam verfolgt. Viele Handwerkskolleginnen und Kollegen haben sich haupt- und ehrenamtlich engagiert, um zumindest die akutesten Probleme, wie die Erst-Unterbringung und Versorgung, sicher zu stellen.

Nun geht es daran Perspektiven zu schaffen und gemeinsam die Weichen für eine praktikable Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu bewerkstelligen. Sie alle kennen die Forderungen der Thüringer Wirtschaft und des Handwerks. Im Herbst haben wir Ihnen unsere Positionen dazu in Form eines Thesenpapiers ausführlich vorgelegt.

Wir brauchen Planungssicherheit beim Bleiberecht und der Residenzpflicht, wir brauchen größere Kapazitäten bei den Sprach- und Integrationskursen, wir brauchen finanzielle Unterstützung bei der Berufsvorbereitung sowie der Aus- und Weiterbildung der Geflüchteten, wir brauchen aber auch temporäre Ausnahmeregelungen bei der Entlohnung oder der Leih- und Zeitarbeit – nur um die wichtigsten Punkte in Kürze zu benennen. Der Willkommenskultur muss sich nun die Integrationskultur anschließen.

Das Thüringer Handwerk ist bereit weiterhin seinen Beitrag zu leisten. Die jüngst vereinbarte gemeinsame Qualifizierungsinitiative des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und der Bundesagentur, im Rahmen derer bis zu 10.000 Flüchtlinge durch überbetriebliche Berufsorientierungs- und Vorqualifizierungsmaßnahmen fit für den Arbeitsmarkt gemacht werden sollen, ist dafür ein Beispiel.

Sehr geehrte Ministerinnen und Minister,
sehr geehrte Abgeordnete,
werte Handwerkskollegen und Gäste,

das Thüringer Handwerk steht wirtschaftlich auf einem guten Fundament. Zu verdanken haben wir das unserer täglichen harten Arbeit und insgesamt guten, förderlichen Rahmenbedingungen. Gerade in guten wirtschaftlichen Zeiten gilt es sich nicht auszuruhen und den Blick in die Zukunft zu richten.

Das diesjährige Motto der Imagekampagne des deutschen Handwerks lautet:

„Die Zukunft ist unsere Baustelle“. Und mit Baustellen, da kennen wir uns aus. Es gilt

- (1) die wirtschaftliche Stärke und damit verbundene Lebensqualität im Freistaat zu erhalten und auszubauen,
- (2) den Gewinn und das Halten von Fach- und Führungskräften zu sichern und
- (3) die Herausforderungen der Digitalisierung tatkräftig anzugehen.

Die Baustelle der Politik ist es, wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zu sichern und weitere positive Ansätze auf den Weg zu bringen. Das Handwerk steht Ihnen dabei gern als kompetenter Berater mit Rat und Tat zur Seite.

Liebe Kolleginnen und Kollegen im Handwerk, unsere Zukunftsbaustellen liegen direkt vor unserer eigenen Tür. Wir müssen mehr Eigeninitiative bei der Fachkräftesicherung wagen – dazu zählt auch die Chance zu nutzen motivierte Flüchtlinge zu integrieren – und wir müssen Mut zeigen die nötigen Investitionen im Rahmen der Digitalisierung zu tätigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Ich hoffe, dass der heutige Parlamentarische Abend wiederholt die Grundlage für zahlreiche und erfolgreiche Gespräche zwischen Politik und Handwerk bildet. Nur gemeinsam können wir die aktuellen und zukünftigen Baustellen unseres Landes angehen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen einen angenehmen und interessanten Abend und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Ich übergebe nun das Wort an unseren Ministerpräsidenten Herrn Bodo Ramelow.

Es gilt das gesprochene Wort!



